

Für eine zukunftsfähige Hauptstadt

Die digitale Agenda für die Wahl zum
Berliner Abgeordnetenhaus 2026

Herausgeber

Bitkom e. V.
Albrechtstraße 10
10117 Berlin
T 030 27576-0
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartnerin

Gianna Nina Albrecht | Bitkom e. V.
T 030 27576-366 | g.albrecht@bitkom.org

Titelbild

© Abdel Rahman Abu Baker – pexels.com

Copyright

Bitkom 2026

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom.

Für eine zukunftsfähige Hauptstadt

Als Hauptstadt steht Berlin unter besonderer Beobachtung. Was hier digital gelingt oder scheitert, wirkt weit über die Stadtgrenzen hinaus. Als Wirtschaftsstandort füllt die Stadt diese Rolle schon heute mit Stärke aus: Im **Bitkom-Länderindex 2026** belegt das Land hinter Hamburg den zweiten Platz, getragen von einer außergewöhnlichen Dichte an Startups und IT-Unternehmen. Mit rund 30 Prozent aller deutschen KI-Startups ist Berlin zudem der **führende KI-Standort des Landes**.

Damit Berlin diesen Vorsprung nicht verspielt, braucht es allen voran weiterhin eine starke digitalpolitische Steuerung. Die Weichen dafür sind bereits gestellt: Mit dem **Chief Digital Officer in der Senatskanzlei** hat das Land zuvor zersplitterte Zuständigkeiten gebündelt und die Verwaltungsmodernisierung zur Chefsache gemacht. Diese Struktur muss der nächste Senat stärken, den CDO mit einem klaren, ressortübergreifenden Mandat ausstatten und die Koordinierungsstelle dauerhaft mit Personal und Budget hinterlegen.

So stark die Ausgangslage ist, so wenig ist sie selbstverständlich. Bei Wagniskapital und Neugründungen hat Berlin zuletzt Boden an andere deutsche Metropolen verloren. Zwar hat der Senat mit der Vergabestrukturenreform und der Einführung eines **Chief Procurement Officers** als erstes Bundesland einen wichtigen Hebel geschaffen, doch damit daraus ein echter Innovationsmotor wird, kommt es auf die richtige Besetzung und eine startup-freundliche Vergabe an. Zugleich muss der nächste Senat Belastungen wie die **Ausbildungsumlage zügig zurücknehmen**, die gerade junge Digitalunternehmen trifft. Auch in der Breite bleibt noch Luft nach oben: Im **Bitkom Smart City Index** liegt die Stadt nur im Mittelfeld, beim **Glasfaserausbau** erreicht sie nur den Bundesdurchschnitt und beim **Pflichtfach Informatik** gehört Berlin zu den letzten vier Bundesländern ohne verbindliche Einführung. Berlin sollte Schlüsseltechnologien wie Cloud und KI stärker nutzen, beispielsweise über KI-gestützte Verwaltungsdienste oder die gezielte Förderung von Digitalkompetenzen. Hinzu kommt eine **neue sicherheitspolitische Realität**. Der Stromausfall im Januar 2026 hat die Verwundbarkeit der hauptstädtischen kritischen Infrastrukturen verdeutlicht. Resilienz ist damit zur Grundbedingung eines verlässlichen Wirtschaftsstandorts geworden.

Berlin hat das Potenzial, ein wettbewerbsfähiger und resilienter Digitalstandort in Deutschland und Europa zu sein. Ob die Hauptstadt ihre Stärken behauptet, die offenen Lücken schließt und damit zum digitalen Taktgeber wird, entscheidet der nächste Senat. Er muss die Digitalisierung zur Priorität machen und mit konkreten Schritten unterlegen. Die folgenden Handlungsfelder, von der digitalen Gesellschaft über die Wirtschaft und Infrastruktur bis zur Verwaltung, zeigen, wo er dafür ansetzen muss.

1	Digitale Gesellschaft	5
	Digitale Bildungshauptstadt werden	5
	Medienkompetenz und eine wehrhafte Öffentlichkeit in Berlin stärken	6
2	Digitale Wirtschaft	7
	Im Wettbewerb der Gründermetropolen bestehen	7
	Vom KI-Labor in die Anwendung	7
	Vorsprung bei der digitalen Mobilität ausbauen	8
3	Digitale Infrastrukturen	10
	Resiliente Netze als Rückgrat der digitalen Stadt	10
	Rechenzentren für die Hauptstadtregion	10
4	Staat & Verwaltung	12
	Die Berliner Verwaltung konsequent modernisieren	12
	Digitale Daseinsvorsorge sichern	13
	Mehr Cyberresilienz für eine wehrhafte Hauptstadt	13

1 Digitale Gesellschaft

Digitale Bildungshauptstadt werden

Die medienpädagogische und technische Ausstattung in frühkindlichen Bildungseinrichtungen, Schulen, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen in Berlin sollte mit hohem Tempo weiter ausgebaut werden. Mit der **Digitalisierungsstrategie 2.0 – Schule in der digitalen Welt** liegt für Berlin eine umfassende Grundlage zur strategischen Steuerung der Digitalisierung von Schulen vor. Nun gilt es, auf Erfolgen wie dem Glasfaseranschluss für alle öffentlichen Schulen Berlins aufzubauen und die Maßnahmen der Strategie umzusetzen.

Die angestrebte mittelfristige Umsetzung einer 1:1-Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten begrüßen wir. Nach längeren Unsicherheiten stehen die Mittel des Digitalpakts 2.0 ab 2026 für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Schulen zur Verfügung. Die Mittel müssen schnell und unbürokratisch bei den Schulen ankommen. Berlin sollte die **Förderrichtlinie für den Digitalpakt 2.0** schnellstmöglich erlassen und mit den anderen Bundesländern koordinieren. Eine digitale Antragsplattform von Bund und Ländern sowie eine moderne und unbürokratische Vergabep Praxis tragen ebenfalls zu diesem Ziel bei.

Um Schulen bei der eigenverantwortlichen digitalen Schulentwicklung zu unterstützen, braucht es einen Indikator Schuldigitalisierung im Berliner Indikatorenmodell. Der Verfügungsfonds sollte um einen **Digitalfonds von 5.000 Euro pro Schule** ergänzt werden, mit dem Schulen, angepasst an ihre individuellen Bedarfe, neue digitale Lösungen bei Hardware und digitalen Bildungsinhalten anschaffen oder externe Kooperationen finanzieren können.

Ein **KI-Aktionsplan für Berliner Schulen** sollte den Einsatz künstlicher Intelligenz an allen Schulen Berlins ermöglichen. Dieser sollte einen Orientierungsrahmen zum Einsatz, eine Strategie zur Vermittlung von KI-Kompetenzen an Lehrkräfte sowie einen exemplarischen Entwurf für eine Regelung zur »KI-Ethik« enthalten. Eine Whitelist möglicher Tools in Verbindung mit einem KI-Budget für jede Schule sollte den Zugang von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften zu passgenauen KI-Anwendungen sicherstellen.

Berlin ist eines der letzten vier Bundesländer, die noch kein Pflichtfach Informatik eingeführt oder angekündigt haben. Das **Pflichtfach Informatik** sollte vom neuen Senat mit einem Gesamtumfang von mindestens 2 Wochenstunden in der Sekundarstufe 1 schnellstmöglich eingeführt und mittelfristig auf 6 Wochenstunden erhöht werden. Dabei ist die gezielte Investition in die Ausbildung von Informatiklehrkräften ein wichtiger nächster Schritt, um eine flächendeckende Umsetzung zu ermöglichen.

Medienkompetenz und eine wehrhafte Öffentlichkeit in Berlin stärken

63 %

der Befragten gaben an, den Wahrheitsgehalt von Nachrichten nur schwer einschätzen zu können.

↗ Social Media und Desinformation (2026)

Digitale Bildung endet nicht bei Ausstattung und Lehrplänen. Digital- und Medienkompetenzen sind die Grundvoraussetzung für Teilhabe an der digitalen Gesellschaft und für selbstbestimmtes Handeln im Alltag. Sie müssen flächendeckend im lebenslangen Lernen vermittelt werden. Besonders wichtig ist es, Kinder und Jugendliche zu einem mündigen und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu befähigen.

Beim Umgang mit Smartphones an Schulen sollte Berlin sich Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hamburg anschließen und Schulen mit **abgestuften Leitlinien zum Umgang mit Smartphones** unterstützen, auf deren Basis die Schulgemeinschaft für ihre individuellen Bedingungen passende Regelungen finden kann.

Immer zentraler wird auch die wirksame **Bekämpfung von Desinformation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**: Desinformation gefährdet das Vertrauen in digitale Dienste und Plattformen und verursacht erheblichen wirtschaftlichen Schaden durch Rufschädigung und gezielte Angriffe. Medienkompetenz ist zugleich ein Schlüssel für gesellschaftliche Resilienz gegenüber hybriden Bedrohungen und für eine wehrhafte Demokratie. Die Digitalwirtschaft entwickelt hier zentrale Innovationen, etwa bei der Erkennung und Eindämmung von Deepfakes. Berlin sollte diese Stärke nutzen und selbst vorangehen. Konkret heißt das, den »**Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie**« konsequent umzusetzen und die »Berliner Strategie für eine wehrhafte Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Netz« mit verbindlichen Maßnahmen, klaren Zuständigkeiten und messbaren Zielen zu unterlegen.

2

Digitale Wirtschaft

Im Wettbewerb der Gründermetropolen bestehen

Berlin beherbergt eines der größten und dynamischsten Startup-Ökosysteme Deutschlands. Diese Stellung ist jedoch keine Selbstverständlichkeit mehr. Andere Standorte holen auf, im Inland ebenso wie international, und im Wettbewerb mit Hubs wie London oder New York entscheidet sich gerade, wer Talente, Kapital und die Unternehmen von morgen anzieht. Berlin hat in den letzten Jahren die richtige Richtung eingeschlagen, etwa mit der **Berliner Startup Agenda**. Die neue **Deep Tech Berlin Agenda** muss nun aber mit praxistauglichen Maßnahmen und verbindlichen Umsetzungsfristen unterlegt werden.

Im Mittelpunkt sollte ein klarer Fokus auf Startups stehen, der die Stärke Berlins als **Wissenschafts- und Forschungsstandort** gezielt nutzt. Berlin muss als Magnet für internationale Talente attraktiver werden, privates und institutionelles Wagniskapital mobilisieren und Ausgründungen aus den Hochschulen erleichtern. Ein starker Hebel ist zudem die öffentliche Auftragsvergabe. Der nächste Senat muss die Vergabe konsequent auf Innovation ausrichten, etwa indem er Hürden, z. B. bei Wirtschaftskriterien, senkt und Startups als **ausdrückliche Zielgruppe für öffentliche Aufträge** adressiert.

So entschlossen Berlin den Standort fördert, so sehr gefährden neue Belastungen diesen Kurs. Junge Unternehmen brauchen ein echtes Bekenntnis zu Bürokratieabbau und Entlastung. Die im März 2026 verabschiedete **Berliner Ausbildungsumlage** läuft diesem Grundsatz zuwider und sollte vom neuen Senat nach der Wahl schnellstmöglich zurückgenommen werden. Sie trifft vor allem Startups und Scaleups der Digitalwirtschaft, die wegen ihrer Größe und ihres hohen Anteils akademisch qualifizierter und internationaler Beschäftigter oft keine klassischen Ausbildungsplätze anbieten, zugleich aber zu den wichtigsten Wachstumstreibern zählen und in scharfem internationalem Wettbewerb stehen. Eine pauschale Abgabe ist hier das falsche Instrument. Stärken sollte Berlin stattdessen die Berufsorientierung, die duale Ausbildung und die berufliche Weiterbildung. Nur wenn die Stadt technologische Exzellenz mit agilen Rahmenbedingungen verbindet, behauptet ihr Ökosystem seine Strahlkraft.

Vom KI-Labor in die Anwendung

Berlin ist mit rund **30 Prozent der deutschen KI-Startups** der **führende KI-Standort Deutschlands** und hat das Potenzial, sich in der kommenden Legislatur als führender europäischer KI-Standort zu etablieren. Mit Einrichtungen wie beispielsweise BIFOLD, dem DFKI, Fraunhofer HHI, Silicon Allee, dem Merantix AI Campus, KI Park Deutschland, TEF Health sowie dem neuen **#ai_berlin hub** verfügt die Hauptstadt über ein

außergewöhnlich dichtes Ökosystem aus Spitzenforschung, Startups, etablierten Unternehmen und anwendungsnahen Testumgebungen. Aus Sicht der Digitalwirtschaft ist entscheidend, diese Stärken jetzt zusammenzuführen: Der **#ai_berlin hub** sollte dauerhaft finanziert, klar als Anlaufstelle für Unternehmen, Verwaltung und Wissenschaft positioniert und mit bundesweiten sowie europäischen KI-Initiativen vernetzt werden.

KI muss in Berlin **schneller aus Laboren und Pilotprojekten in die Anwendung kommen**. Dafür braucht es innovationsfreundliche Vergabe, Reallabore mit rechtssicheren Experimentierklauseln, leichteren Zugang zu Datenräumen und Rechenkapazitäten sowie eine gezielte Unterstützung von KI-Startups beim Skalieren. Ob KI in der Breite ankommt, entscheidet sich zudem in den Unternehmen selbst: Nur mit qualifizierten Beschäftigten wird aus technologischem Potenzial produktive Anwendung. Berlin sollte die berufliche Weiterbildung im Bereich KI deshalb gezielt stärken, Unternehmen aktiv über bestehende Förderinstrumente des Bundes zur Qualifizierung informieren und Anreize für Investitionen in die betriebliche Fachkräfteentwicklung setzen. Besonders in Verwaltung, Gesundheit, Mobilität, Energie und Sicherheit kann vertrauenswürdige KI dazu beitragen, **Berlin resilienter zu machen**. Prozesse werden schneller, Infrastrukturen vorausschauender gesteuert und Krisenlagen besser analysiert. Berlin sollte KI nicht nur regulieren, sondern als Hauptstadt zeigen, wie verantwortungsvolle, souveräne und wirtschaftlich erfolgreiche KI-Anwendung in Deutschland gelingt.

Damit dies gelingt, sollte Berlin bei der KI-Erprobung und Umsetzung einem prinzipien- und risikobasierten sowie möglichst technologieneutralen Ansatz folgen, der Innovation ermöglicht statt sie zu bremsen, und den Zugang zu Cloud- und Rechenkapazitäten sowie hochwertigen, rechtssicheren Datenräumen erleichtern. Ebenso wichtig wie die Technologie ist die Anwendungskompetenz: Eine breit angelegte Qualifizierung in KI-Kompetenzen für Beschäftigte, Gründerinnen und Gründer sowie die Verwaltung – getragen von öffentlich-privaten Partnerschaften – stellt sicher, dass aus KI-Forschung tatsächlich wirtschaftliche Wertschöpfung und resilientere Dienste entstehen.

Vorsprung bei der digitalen Mobilität ausbauen

Bei der digitalen Mobilität gehört Berlin zur Spitze. Im ↗Bitkom Smart City Index belegt die Hauptstadt in der Kategorie Mobilität **Platz sechs unter den 83 größten deutschen Städten**. Darauf darf sich der nächste Senat nicht ausruhen, denn für eine wachsende Metropole entscheidet digitale, vernetzte und resiliente Mobilität über die Zukunftsfähigkeit des Standorts. Mit knapp vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, einem starken ÖPNV und eng verzahnten Verkehrsträgern bietet Berlin beste Bedingungen, um neue Technologien schneller in die Praxis zu bringen und das Mobilitätsangebot für die Menschen zu erweitern.

Ein wichtiger Schritt ist gemacht. Mit der **Modellregion Mobilität** und der engeren Zusammenarbeit mit Hamburg und dem Bund hat Berlin Anfang 2026 ein starkes Signal gesetzt. Daran muss der nächste Senat anknüpfen. Gerade beim autonomen

Berlin belegt Platz 6 im Bitkom »Smart City Index« in der Kategorie Mobilität.

Fahren liegt die Chance darin, länderübergreifend zu lernen und Standards zu harmonisieren. Eine Schlüsselrolle spielt das **Projekt NoWeL4**, mit dem im Nordwesten Berlins autonomer öffentlicher Nahverkehr in größerem Maßstab erprobt wird. Jetzt kommt es darauf an, den Zeitplan zu halten und nach dem Ende der Testphase 2027 den Übergang in den Regelbetrieb vorzubereiten.

Nachholbedarf bleibt bei der **digitalen Verkehrsinfrastruktur**. Daten dazu stellt Berlin bereits über sein Geoportal bereit. Nun muss auch die Straßeninfrastruktur selbst, von Ampeln über Verkehrsschilder bis zur Sensorik, digitalisiert und vernetzt werden, um die Grundlage für eine integrierte, potenziell KI-gestützte Verkehrssteuerung zu legen. Dafür braucht es eine klare Strategie mit konkreten Rollout-Zielen, damit Berlin schnell von effizienterem und sichererem Verkehr profitiert.

3

Digitale Infrastrukturen

Resiliente Netze als Rückgrat der digitalen Stadt

100%

Der Berliner Haushalte sind mit 5G abgedeckt.

↗Bitkom Länderindex (2026)

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist unverzichtbar – sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für die Wirtschaft in Berlin. Um die Potenziale der Digitalisierung voll auszuschöpfen, sind leistungsstarke Netze im Mobilfunk und Festnetz erforderlich. Berlin hat bereits eine überdurchschnittlich gute digitale Infrastrukturversorgung. 100 Prozent der Haushalte sind mit 5G abgedeckt und **95 Prozent der Haushalte** haben einen **Gigabitanschluss von mindestens 1.000 Mbit/s**. Jedoch können nur 44 Prozent der Haushalte auf einen Glasfaseranschluss zugreifen. Andere Bundesländer sind hier deutlich weiter. Positiv hervorzuheben ist Berlins Glasfaserausstattung an Schulen. Mit dem **Landesprogramm BWAS (Breitband- und WLAN-Ausbau der Berliner Schulen)** wurde das Ziel vorzeitig erreicht, dass alle 700 öffentlichen Schulen bis zum Ende der Legislaturperiode über einen Glasfaseranschluss verfügen.

Für einen effizienten Glasfaserausbau ist es wichtig, dass staatliche Fördermaßnahmen nicht in Konkurrenz zu privatwirtschaftlichen Investitionen stehen. Die staatliche Förderung muss sich auf die Gebiete beschränken, für die mittel- bis langfristig kein privatwirtschaftliches Ausbaupotenzial besteht. Mit der gestarteten **Glasfaserkampagne des Bundes**, an der sich das Land aktiv beteiligen sollte, sind die ersten Grundsteine gelegt. Zusätzlich bestehen weitere Potenziale zur Beschleunigung des Gigabitausbaus in der Landesbauordnung. Die richtigen Rahmenbedingungen hat das Land mit der **Gigabit-Strategie »BerlinVernetzen«** geschaffen. Nun gilt es, konkrete Maßnahmen folgen zu lassen, wie eine **Genehmigungsfiktion für Mobilfunkmasten**, die bereits im Bund-Länder-Pakt vom November 2023 vereinbart wurde.

Rechenzentren für die Hauptstadtregion

Die Hauptstadtregion entwickelt sich zunehmend zu **einem der wichtigsten Rechenzentrums-Hubs** und verfügt mit ihrer starken Digitalwirtschaft, guten Konnektivität sowie der Nähe zu Verwaltung, Wissenschaft und Startups über hervorragende Voraussetzungen, sich als eine der führenden Rechenzentrumsregionen zu etablieren.

Damit dieses Potenzial ausgeschöpft werden kann, braucht es jedoch verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen. Das Repartierungsverfahren von Stromnetz Berlin, mit dem begrenzte Netzkapazitäten für Anschlussanfragen anteilig zugeteilt werden, schwächt die Wachstumsperspektiven des Standorts. Gleichzeitig zeigt Berlin bereits heute mit erfolgreichen Projekten, wie Rechenzentren sinnvoll in die Wärmewende eingebunden werden können. Darauf sollte aufgebaut werden, indem die **Nutzung von Abwärme aus Rechenzentren** frühzeitig mitgedacht und erleichtert wird.

146 MW

IT-Anschlusskapazität sind in Berlin aktuell verfügbar.

↗Rechenzentren in Deutschland (2025)

Berlin sollte gemeinsam mit Brandenburg eine **länderübergreifende Rechenzentrumsstrategie** entwickeln, geeignete Flächen mit Netzkapazitäten identifizieren und einen zentralen Ansprechpartner für Ansiedlungen schaffen. So kann die Region Investitionen in zukunftsfähige digitale Infrastruktur ermöglichen, digitale Souveränität stärken und die Grundlage für KI, Cloud-Anwendungen und künftige digitale Wertschöpfung legen.

Aus Sicht der Digitalwirtschaft sollte Berlin für strategisch bedeutsame Rechenzentrumsprojekte ein koordiniertes und priorisiertes Genehmigungsverfahren mit einer zentralen Anlaufstelle, klaren Bearbeitungsfristen und einer parallelen Einbindung der zuständigen Behörden etablieren. Ziel eines solchen »Fast-Tracks« muss es sein, Zuständigkeiten zu bündeln, frühzeitig Planungssicherheit zu schaffen und Verfahren zu beschleunigen, ohne notwendige Prüfstandards abzusenken.

4

Staat & Verwaltung

Die Berliner Verwaltung modernisieren

Berlin hat sich in den vergangenen Jahren als wichtiger Standort der Digitalwirtschaft etabliert und verfügt über ein starkes Innovationsökosystem. Mit Projekten wie **BärGPT** werden KI-Anwendungen praxisnah erprobt, und die zum 1. Januar 2026 in Kraft getretene **Verwaltungsreform** adressiert strukturelle Defizite. Entscheidend ist nun das Tempo. Der Erfolg der Reform bemisst sich daran, ob die neuen Strukturen im laufenden Transformationsjahr in den Behörden tatsächlich wirksam werden. Die Digitalisierung der Berliner Verwaltung sollte dabei technologieoffen erfolgen: Faire Vergabeverfahren, offene Standards, offene Schnittstellen und Interoperabilität sind zentrale Voraussetzungen, damit sowohl Open-Source-Lösungen als auch marktverfügbare kommerzielle Angebote angemessen berücksichtigt werden können.

Über die Strukturen hinaus bleibt die Umsetzungsgeschwindigkeit zentraler Digitalisierungsprojekte hinter den Erwartungen zurück. Medienbrüche, uneinheitliche IT-Strukturen sowie komplexe Zuständigkeiten hemmen die Effizienz. Deshalb sollten ressortübergreifende Steuerungsstrukturen gestärkt, der Ausbau von Cloud- und Plattformlösungen beschleunigt und Beschaffungsprozesse agiler gestaltet werden.

Damit **Cloud- und KI-Lösungen** schneller in der Verwaltung ankommen, sollte ein »Cloud-first«-Prinzip zum Standard werden, von dem nur in begründeten Ausnahmefällen abgewichen wird. Maßstab sollte dabei nicht eine einzelne Technologie sein, sondern die Sensibilität der jeweiligen Daten und Workloads: Ein technologieoffener Ansatz, der quelloffene Lösungen und leistungsfähige kommerzielle Cloud-Dienste kombiniert und sich an einheitlichen, verbindlichen Sicherheits- und Souveränitätsanforderungen orientiert, sichert digitale Souveränität am wirksamsten.

Mit der **Vergabestrukturenreform** und einem **Chief Procurement Officer** als erstem Bundesland hat der Senat eine strategische Vergabesteuerung geschaffen. Jetzt kommt es auf die Ausgestaltung an. Der nächste Senat muss den CPO mit einem starken Mandat ausstatten und die Vergabe konsequent auf Innovation ausrichten, über wettbewerbliche Vergabeformen, niedrigere Hürden bei den Wirtschaftskriterien und Startups als ausdrückliche Zielgruppe.

Mehr Geschwindigkeit bei der Verwaltungsmodernisierung gelingt vor allem durch eine zentrale Bereitstellung von digitalen Basisdiensten auf Landes- oder sogar Bundesebene. Berlin sollte sich deswegen auf Bundesebene für eine **Reform des Artikels 91c GG einsetzen**, um föderale IT-Kooperationen zu erleichtern und dem IT-Planungsrat verbindliche Entscheidungsrechte mit qualifizierter Mehrheit zu übertragen. Hierfür braucht es politischen Mut und den unbedingten Veränderungswillen aller Beteiligten. Zudem sollte sich Berlin frühzeitig darauf vorbereiten, die Verwaltungsleistungen an das Ökosystem der ab 2027 verfügbaren EUDI-Wallet DE anzubinden.

Digitale Daseinsvorsorge sichern

Auch in einer Metropole wie Berlin ist die digitale Daseinsvorsorge ein zentrales Thema. Mit der **Smart City-Strategie** hat das Land richtigerweise einen klaren, beteiligungsorientierten Rahmen gesetzt. Der Fokus liegt bislang allerdings stärker auf Prozessen und Pilotprojekten als auf dem flächendeckenden Aufbau digitaler Basisinfrastrukturen.

Im ↗Bitkom Smart City Index erreicht Berlin in einzelnen Bereichen gute Werte, bleibt insgesamt aber im Mittelfeld. Um seine Ziele zu erreichen, muss Berlin den systematischen Ausbau kommunaler digitaler Basisinfrastrukturen weiter stärken. Dazu zählen eine **ausgebaute urbane Datenplattform** für vernetzte Kommunikation und integrierte Steuerung sowie **IoT-Infrastrukturen** zur Erfassung und Übertragung sensorgestützter Daten. Sie sind die Voraussetzung für eine datenbasierte Steuerung der Stadt von Mobilität bis Energie.

Ihr Ausbau ist zugleich eine Frage der Resilienz. Nur mit sicheren und interoperablen Infrastrukturen bleibt Berlin auch in Krisen handlungsfähig.

Digitale Daseinsvorsorge sollte daher als Teil der öffentlichen Grundversorgung definiert werden. Berlin sollte sich aktiv für eine solche Definition auf Landes- und Bundesebene einsetzen. Erforderlich sind zudem eine dauerhafte Finanzierung sowie die konsequente **Verzahnung von Smart City-Technologien mit dem Deutschland-Stack**. Dessen Komponenten sollten in Berlin systematisch genutzt und in bestehende Strukturen integriert werden, um Skalierung und Nachnutzung zu ermöglichen.

Der Deutschland-Stack sollte dabei technologieoffen und interoperabel ausgestaltet werden, damit bewährte kommerzielle und quelloffene Komponenten gemeinsam genutzt werden können. Verbindliche Sicherheits- und Interoperabilitätsstandards sichern Resilienz, Nachnutzbarkeit und die Handlungsfähigkeit der Stadt auch in Krisen.

22 %

der Bürgerinnen und Bürger in Berlin schätzen ihre Kommune als sehr digital ein (Länderdurchschnitt: 21 Prozent).

↗Bitkom Länderindex (2026)

Mehr Cyberresilienz für eine wehrhafte Hauptstadt

Der Stromausfall in Berlin im Januar 2026 hat die **Verwundbarkeit der kritischen Infrastrukturen** der Hauptstadt deutlich gemacht. Die Resilienz Berlins gegenüber hybriden Angriffen muss gestärkt werden. Für Wirtschaft und Verwaltung ist das keine abstrakte Herausforderung, sondern eine akute sicherheits- und standortpolitische Aufgabe. Berlin muss die Folgen des Stromausfalls verbindlich auswerten und konkrete Maßnahmen für Krisenvorsorge, Notfallkommunikation und Wiederanlaufprozesse ableiten.

Um diese Resilienz strukturell zu stärken, muss Cybersicherheit in der kommenden Wahlperiode als verbindliche Kernaufgabe der Verwaltung verankert werden. Berlin sollte dabei die Mindeststandards von NIS-2 auch für die kommunale Verwaltung umsetzen und einheitliche Sicherheits-

21%

der Unternehmen
wären bei einem An-
griff auf das Stromnetz
sofort handlungsun-
fähig.

↗Bitkom-Studienbe-
richt Hybride Angriffe
(2026)

standards, verbindliches Risikomanagement sowie eine belastbare Landessteuerung etablieren. Die bestehenden Strukturen wie **Koordinierungsstelle Cybersicherheit, Cyber Defence Center und DAB-Cyberhotline** sollten regelmäßig auf Effizienz, Wirksamkeit und Nutzen überprüft und bei Bedarf weiterentwickelt werden.

Neben resilienten Verwaltungsstrukturen muss Berlin auch die behördliche Einsatz- und Ermittlungsfähigkeit im Cyberbereich gezielt ausbauen. Dazu sollte die in der **Novelle des Berliner Polizeigesetzes** angelegte moderne Datenanalyse ermöglicht werden: mit einer innovationsfreundlichen Rechtsgrundlage, offenen Analyseplattformen sowie geschützten Erprobungsräumen. Flankierend sollte die **Zentralstelle für Cybercrime** personell gestärkt werden. Eine kontinuierliche Vernetzung mit der Digitalwirtschaft zum Austausch von Expertise hat sich bewährt und sollte verstetigt werden.

Cybersicherheit sollte dabei als strategische Priorität verstanden werden. Damit Ressourcen in Abwehrfähigkeit statt in Bürokratie fließen, braucht es harmonisierte statt doppelte Melde- und Nachweispflichten sowie eine Orientierung an etablierten, international anschlussfähigen Standards mit Fokus auf technische IT-Sicherheit – anstelle eigener Berliner Parallelvorgaben. Security by Design muss dabei von Anfang an mitgedacht und durch KI-gestützte Erkennung und Abwehr gezielt gestärkt werden.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 700 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

Bitkom e.V.

Albrechtstraße 10

10117 Berlin

T 030 27576-0

bitkom@bitkom.org

bitkom.org

bitkom